

Badische. Zeitung. 2.6. 92

Was geschah im staatlichen Ausländerwohnheim Kappler Straße?

Harte Anschuldigungen, aber keine Zeugen und keine Beweise

Die Rede ist von einer üblen Geschichte. Einer Geschichte mit vielen Vorwürfen, harten Anschuldigungen, aber ohne Beweise und Zeugen. Einer Geschichte, die "stinkt". Einer Geschichte, bei der nicht auszumachen ist, wo das Faß randvoll mit Jauche steht. Zumindestens nicht für Außenstehende, die sich, mit der heiklen Materie befassen.

Die Geschichte scheint abgeschlossen, die Vorwürfe bleiben. Erzählt wurde und wird sie nicht von den unmittelbar Betroffenen, von "Opfern" und "Tätern", sondern von Dritten, die das, was sich abgespielt haben soll, wiederum berichtet bekamen - aus erster, zweiter, dritter Hand. Kolportiert wird die Schauerstory nicht nur im kleinen Kreis. Mit an Hauswände gesprühten Schmähparolen ("Vergewaltiger"), anonymen Flugblättern, gezielt gestreuten "Dokumentationen" und offenen Briefen werden jene Ereignisse publik gemacht, die sich zwischen 1987 und Ende 1991 im staatlichen Ausländerwohnheim an der Kappler Straße abgespielt haben sollen. Und das ist nach der Auflistung eines offenen Briefes an das Regierungspräsidium eine ganze Latte von - schweren Vorwürfen: sexuelle Nötigung und Vergewaltigung von Flüchtlingsfrauen, Unterschlagung von Geld und Lebensmitteln, Verkauf von Spendengütern, Bedrohung mit Waffen, Vermittlung von Wohnungen gegen Gefälligkeiten"...

Wer diese Straftaten begangen haben soll, ist für die „Ankläger“ klar: Der Heimleiter und der Hausmeister des Heims an der Kappler Straße, beides Rumäniendeutsche, die vorwiegend junge, alleinstehende Rumäninnen in die Kappler Straße gebracht haben sollen. Im Heim leben jetzt jüdische Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion, der Hausmeister ist versetzt worden, vom Heimleiter hat sich das Regierungspräsidium getrennt. Nicht, weil der öffentliche Arbeitgeber die Schuld des ehemaligen Heimleiters als erwiesen ansieht, sondern, wie Regierungsvizepräsident Jochen Glaeser betont, "weil wir nicht ständig negative Schlagzeilen machen wollten".

Mittlerweile ist das Regierungspräsidium selbst in Mißkredit geraten. Der rechtlich wie politisch für das Wohnheim verantwortlichen Behörde unterstellen die Unterzeichner eines offenen Briefes, es habe die Vorwürfe nicht ernst genommen, es habe sich zuwenig um die Aufklärung der Anschuldigungen gekümmert, es habe nichts zum Schutz der Flüchtlingsfrauen getan - kurzum, das Regierungspräsidium habe seine Dienstaufsicht verletzt.

Für Regierungsvizepräsident Jochen Glaeser sind diese Vorwürfe unerhört: "Ich lasse mich doch nicht zum Mittäter machen." Das Regierungspräsidium sei immer aktiv geworden, habe stets Untersuchungen angestellt, die Angeschuldigten ins Gebet genommen und die Kriminalpolizei eingeschaltet, beteuert Glaeser - "aber es kam nie etwas Konkretes auf den Tisch" Nichts Handfestes, das heißt nach der Schilderung Glaesers: "Es gibt keine Zeugen, keine handfesten Beweise, keine eidesstattlichen Versicherungen,

keine Aussagebereitschaft von Betreuern. Nur allgemeine Gerüchte."

Zum Beispiel das Gerücht, der Heimleiter habe Nahrungsmittel, die den Flüchtlingen zustanden, verkauft. "Wir haben das nachgeprüft", sagt Glaeser. "Es stellte sich heraus, daß Aussiedler, die dem Heim zugewiesen waren, aber nicht dort, sondern bei Verwandten wohnten, sich das ihnen zustehende Essen in der Kappler Straße abholten. Was übrigblieb, hat der Heimleiter, statt's in die Mülltonne zu werfen, verschenkt,"

Oder der jüngste und härteste Vorwurf, Heimleiter und Hausmeister hätten Frauen in einem Kellerraum sexuell belästigt. "Ich bin spontan mit dem Geschäftsführer des Roten Kreuzes, das die soziale Betreuung übernommen hatte, in die Kappler Straße gefahren", erinnert sich Glaeser. Im besagten Kontaktraum" hätten sie aber weder die beschriebenen Matratzen noch eine Couch vorgefunden, sondern nur einen Tisch mit ein paar Stühlen. Auch die befragten Sozialarbeiter hätten "nichts Konkretes" gewußt Immer, wenn sie den Gerüchten nachgegangen seien, ergänzt Glaeser, hätten sich die angeblich Betroffenen später davon distanziert: So sei das nicht gewesen, so könne man dies nicht sagen, so hätten sie es nie behauptet... Weil weder Namen genannt worden seien noch sich Geschädigte meldeten, hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen Vergewaltigung und sexuellen Nötigungen eingestellt. Ob der Hausmeister Geld für Gegenleistungen genommen hat, wird noch untersucht.

Die Opfer fürchten um ihr Leben, die Betreuer haben Angst vor Racheakten, erklären die Fürsprecher das Verhalten der Flüchtlinge, die anonym bleiben wollen. Schließlich sei der Heimleiter für sie ein mächtiger Mensch gewesen, der nach ihrer Ansicht über Wohnungen, Aufenthaltsorte und Asylanträge entscheiden konnte. Mit dem Anschlag auf die Kappler Straße im vergangenen November seien aussagewillige Frauen zudem unter Druck gesetzt worden. (Weil kein Täter ausfindig zu machen war, hat die Staatsanwaltschaft auch hier ihre Ermittlungen eingestellt)

Im Regierungspräsidium will man diese Erklärung nur zum Teil verstehen. "Warum packt jetzt, da der Heimleiter nicht mehr im Dienst ist, niemand aus?", wundert sich Glaeser.

Aber weshalb hat sich das Regierungspräsidium erst nach vier Jahren von seinem umstrittenen Mitarbeiter getrennt? Die Behörde könne nicht auf bloße Gerüchte reagieren, kontert Jochen Glaeser, zudem sei es mehrere Jahr ruhig gewesen. Der Beschuldigte (Glaeser: "Er war einer unserer besten Heimleiter") habe alle Vorwürfe stets energisch bestritten und selbst Anzeige wegen Verleumdung gestellt, sagt der Regierungsvize: "Ich muß mich auch vor meine Leute stellen!"

Ob in der Kappler Straße alte rumänische Rechnungen beglichen wurden, ob Neid' (der Heimleiter heiratete eine Frau aus der Unterkunft, er durfte gemeinnützige Arbeiten verteilen) ein Motiv für die Anschuldigungen waren, ob die Gerüchte um die Ereignisse in der Kappler Straße einen harten Kern haben: solange es keine aussagewilligen Zeugen gibt, ist all dies Spekulation. Was bleibt, ist ein mehr als übles Geschmäckle.

Petra Kistler